

**Fragestunde
gemäß § 48 der Geschäftsordnung
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 13.02.2020**

Alte Fragen:

<p>Nr. 252</p>	<p>G. Schuchalter-Eicke Grüne</p> <p>Dez. I z.w.</p> <p>Schriftliche Beantwortung</p>	<p>Am 22.01.2020, 5 Tage vor dem 75. Jahrestag der Befreiung der Überlebenden aus dem KZ Auschwitz, traf der OBR Nordost die Entscheidung, die Pfitznerstr. nicht umzubenennen, sondern nur nach dem „Wiener Modell“ ein Zusatzschild anzubringen und somit die Ehrung für einen Antisemiten aufrecht zu erhalten.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Wie bewertet er diese Entscheidung mit Blick auf</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Außenwirkung und zukünftige öffentliche Darstellung der Landeshauptstadt Wiesbaden für unsere Partnerstädte, z.B. Kfar Saba, 2. die angemessene Berücksichtigung der über 1200 Unterzeichner*innen und die über 30 Eingaben aus Politik, dem Kulturbereich, den Kirchen, der jüdischen Community sowie namhafter Einzelpersonen für eine Umbenennung, 3. den zunehmenden Antisemitismus und dennoch die bleibende Ehrung für einen Antisemiten + Nazi, 4. den Vertrauensverlust in Politik + Politikverdrossenheit der Bevölkerung, 5. den Schaden für das Wohl der Gemeinde, der sich nicht materiell beziffern lässt?
<p>Nr. 251</p>	<p>H. Seipel-Rotter Grüne</p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>Kameras greifen in die Privatrechte der BürgerInnen ein, daher sollten Kameras mit Bedacht eingesetzt werden und regelmäßig auf ihren Nutzen hin überprüft werden.</p> <p><u>Ich frage den Magistrat:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Welchen Bereich soll die Kamera, die auf dem Mast gegenüber der Kreativfabrik aufgestellt wurde, aufzeichnen? - Wer hat Zugriff auf Aufnahmen der Überwachungskameras in WI? - Wieviel Straftaten konnten seit Installation der Kameras am Bahnhofvorplatz durch die Auswertung der Bilder aufgeklärt werden und um welche Art von Straftaten handelt es sich dabei? - Ist die Anzahl an Straftaten am Bahnhof seit der Installation zurückgegangen?

		<ul style="list-style-type: none"> - Wenn ja, gilt das für alle oder betrifft der Rückgang nur eine bestimmte Art von Straftaten? - Haben Straftaten an anderen Stellen der Stadt, die nicht durch Kameras überwacht werden, zugenommen? Wenn ja, wo gab es signifikante Steigerungen und um welche Art von Straftaten handelt es sich?
Nr. 232	Sarah Weinerth CDU Dez. V z.w.V.	Eine Entspannung der Verkehrsprobleme am Kasteler Hochkreisel ist vorerst nicht in Sicht, wie u.a. der Presse zu entnehmen war. Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr hat im Januar 2018 beschlossen, dass ein Konzept für Verbesserung des Verkehrsflusses aufgestellt, die Kosten beziffert und ein Zeitplan zur Umsetzung aufgestellt werden soll. Bereits im März 2018 wurde berichtet, ein Ingenieurbüro sei mit der Simulation verschiedener Lösungen beauftragt. Ich frage den Magistrat: Wie ist der derzeitige Sachstand bei der Bearbeitung/Umsetzung des Beschlusses? Liegen die im März 2018 beauftragten Simulationen mittlerweile vor? Welche Fortschritte wurden inzwischen erzielt und wann ist mit der Fertigstellung der Maßnahmen zu rechnen? Welche Möglichkeiten der Beschleunigung gibt es? Ist eine Schaltung mit den den Zufluss zur Brücke von Mainz aus regelnden Ampeln erforderlich / zweckmäßig? Wurde insoweit bereits in Mainz um "Amtshilfe" gebeten?
Nr. 242	Urban Egert SPD Dez. V z.w.V.	Die Einführung einer Fußgängerzone am Schiersteiner Hafen war in der Vergangenheit bereits für September 2019 angekündigt. Nun wird darüber berichtet, dass die Einrichtung bis Februar 2020 stattfinden soll. Als Begründung für die Verzögerung wird die Beschilderung und Entfernung der Parkplatzmarkierung angeführt Ich frage den Magistrat: Wie weit ist die Umsetzung der Fußgängerzone am Schiersteiner Hafen vorangeschritten? Wann ist mit der vollständigen Einrichtung zu rechnen? Trifft es zu, dass lediglich das Bestellen und Aufstellen von Schildern, sowie die Entfernung von Parkplatzmarkierungen eine Verzögerung der Fußgängerzone von etwa einem halben Jahr rechtfertigt? Gibt es für die Verzögerung nachvollziehbarere Gründe? Welche Maßnahmen und Kontrollen bezüglich der Einhaltung der Regeln in der neuen Fußgängerzone sind geplant?
Nr. 211	Monika Heller SPD Dez. V z.w.V.	Es wurde bekannt, dass der Park-and-Ride-Parkplatz an der Kahlen Mühle deutlich ausgebaut werden soll. Ich frage den Magistrat: Welche gestalterischen Maßnahmen ergreift der Magistrat dafür, dass die Park-and-Ride-Anlage dem Ziel aufgewerteter Stadteingänge nicht widerspricht?

<p>Nr. 235</p>	<p>Dr. Hans-Achim Michna CDU</p> <p>Dez. VI z.w.V.</p>	<p>Bezugnehmend auf den Artikel in der FNP vom 24.08.2019 „Der Awo-Komplex: Ein Geflecht aus undurchsichtigen Geschäften“, in dem ein Gewirr aus Posten und Geldströmen zwischen den Kreisverbänden Frankfurt und Wiesbaden beschrieben wird, ergibt sich Klärungsbedarf.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. In Frankfurt gab es Differenzen über die Frage, ob vertraglich geregelte Leistungen, die als angeblich erbracht dokumentiert wurden, auch tatsächlich geleistet wurden. Wenn das in einem Teilbereich passiert, ist es grundsätzlich nicht ausgeschlossen, dass dies auch in anderen Teilbereichen oder sogar systematisch passiert. Beabsichtigt der Magistrat die Vertragsbeziehungen einer umfassenden Revision zu unterziehen? 2. Entsprechen die personellen Verflechtungen und Beziehungen den Compliance Regelungen der LH Wiesbaden? Wenn nein, welche Konsequenzen werden daraus gezogen? 3. Gedenkt der Magistrat umfangreiche Maßnahmen zu ergreifen, um die im Raum stehenden Vorwürfe aufzuarbeiten?
<p>Nr. 236</p>	<p>Nadine Ruf SPD</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Zur Begründung einer notwendigen LIS in verdichteten Quartieren wird im Elektromobilitätskonzept (4.5) von einem hohen Bedarf im Westend ausgegangen, weil der hohe Bodenrichtwert auf ein entsprechend überdurchschnittliches Einkommen schließen lässt und der hohe Stimmenanteil (KW 16) von Bündnis90/Die Grünen so interpretiert wird, dass eine Anschaffung von E-PKWs wahrscheinlicher sei.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Wieso wird der Bodenrichtwert und nicht z.B. die kürzlich veröffentlichten Sozialraumanalyse herangezogen, um das Einkommen der Westend-Bewohner zu ermitteln? Wieso wurde der sehr geringe Motorisierungsgrad (32,2%) im Westend bei der Einschätzung für die Bedarfe von E-PKWs nicht mit einbezogen? Wieso werden stattdessen Wahlergebnisse (bei vgl. niedriger Wahlbeteiligung) einer Partei für den Bedarf und den Ausbau der LIS angeführt? Hält der Magistrat es für sinnvoll, Bedarfe und Ausbaupotenziale nach Wählerstimmen bestimmter Parteien anzupassen?</p>
<p>Nr. 237</p>	<p>Michaela Apel SPD</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Immer wieder kommt es zu Beschwerden, dass Zeitungsstapel im öffentlichen Raum abgelegt werden, die zu Unmut bei den Anwohnern führt. So werden sie in großen Mengen z.B. zu Lagerungs- und Abholungszwecken auf Bürgersteigen oder gar Baumscheiben „geparkt“. Da es sich hierbei einerseits um große Mengen von Zeitungsstapeln und andererseits um Pakete mit Plastikhüllen handelt, befürchten wir, dass das Gewicht und die regelmäßige und temporäre „Versiegelung“ den Bäumen nicht zuträglich ist.</p>

		<p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Bedarf es zur „Lagerung“ von palettenweiser Zeitungsstapel im öffentlichen Raum grundsätzlich eine Genehmigung? Ist die Ablage auf Baumscheiben erlaubt?</p> <p>Teilt der Magistrat die Einschätzung, dass bei solch einer Ablage ein Eingriff nach §4 (2) der Baumschutzsatzung vorliegt?</p>
Nr. 238	<p>Ingo von Seemen L&P</p> <p>Dez. VI z.w.V.</p>	<p>Laut Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 5. November 2019 (Az.: 1 BvL 7/16) sind Leistungskürzungen von Leistungsberechtigten nach SGB II um mehr als 30 % verfassungswidrig.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Wie viele Sanktionen wurden in Wiesbaden seit dem Inkrafttreten des Sozialgesetzbuches II verhängt, die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 5.11.2019 verfassungswidrig sind?</p> <p>Wie viele Bedarfsgemeinschaften wurden mehrfach so sanktioniert, dass die Sanktionen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 5.11.2019 verfassungswidrig sind?</p> <p>Wie gedenkt der Magistrat die Personen zu entschädigen, die von Sanktionen betroffen waren, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 5.11.2019 als verfassungswidrig eingestuft hat?</p>

Neue Fragen

Nr. 241	<p>Dr. G. Uebersohn SPD</p>	<p>Frage wurde zurückgezogen</p>
Nr. 210	<p>Anita Hebenstreit SPD</p> <p>Dez. IV z.w.V.</p>	<p>Die handelsüblichen Glascontainer bereichern keineswegs das Stadtbild. Sie nehmen viel Platz weg und verursachen Lärm - vor allem, weil sie oft außerhalb der vorgeschriebenen Zeiten genutzt werden. Sie sind also oft ein Ärgernis für die Menschen in ihrer Umgebung. Dass es auch anders geht, beweisen Städte wie Frankfurt am Main und Bad Homburg. Insbesondere, wenn Plätze neu gestaltet werden, werde in Frankfurt am Main der Einsatz der sogenannten „Unterflurglascontainer“ umgesetzt. Auch in Bad Homburg hat der Magistrat nach einer einjährigen Probephase beschlossen, weitere Unterflurcontainer einzusetzen. Diese Container bieten diverse Vorteile: geringerer Platzbedarf und weniger Lärm, da der Aufprall des eingeworfenen Altglases unter der Erde stattfindet. Und schließlich ist der Anblick auch ästhetischer.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Wie steht es um die Einrichtung unterirdischer Glascontainer (Unterflurglascontainer) zur Vermeidung von Lärm und zur Verbesserung des Stadtbildes</p>

Nr. 243	Nadine Ruf SPD	Frage wurde zurückgezogen
Nr. 244	D. Seldenreich AfD Dez. V z.w.V.	<p>Im Dezember 2019 wurde der City-Manager für die LHW eingestellt. Dieser soll die Vernetzung zwischen Stadt und Einzelhandel vorantreiben und somit die Attraktivität der Innenstadt steigern. Zeitgleich wurde durch das Dezernat für Umwelt, Grünflächen und Verkehr unter dem Titel „Nachhaltige Stadtlogistik Wiesbaden“ ein Dialog sowie eine Reihe von Workshops initiiert, in denen unter Einbeziehung der Händler, der Logistikbranche und des Handwerks Ideen für eine Optimierung von Liefer- und Ladezonen entwickelt werden.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Wird bzw. wurde der City-Manager in den Dialog bzw. in die daraus resultierenden Prozesse für eine nachhaltige Stadtlogistik eingebunden? Wenn ja, wie soll er in diesen Dialog bzw. die daraus resultierenden Prozesse eingebunden werden? Wie werden die Empfehlungen des City-Managers zur Umsetzung und Durchführung von Maßnahmen zur nachhaltigen Stadtlogistik gewichtet?</p>
Nr. 245	Michael Obergfell AfD Dez. III z.w.V.	<p>Cyberangriffe sind eine wachsende Bedrohung für Kommunen. Dies geht unter anderem aus dem Bericht zur Lage der IT-Sicherheit 2019 hervor, den das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) im Oktober 2019 vorgestellt hat. In dem beobachteten Zeitraum von Juni 2018 bis Mai 2019 habe die Cyberschutz-Behörde vor allem Ransomware-Angriffe verzeichnet. Dabei verschlüsseln Hacker die Systeme von Behörden oder Unternehmen und erpressen Lösegeld.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Wurden bereits Cyber-Angriffe auf die kommunale Verwaltung der Landeshauptstadt registriert? Wenn ja, wie viele innerhalb der letzten 2 Jahre? Wie wird die kommunale Verwaltung zurzeit vor Cyber-Angriffen geschützt? Wurden für die LHW bereits konkrete Maßnahmen nach den kürzlich erfolgten Cyber-Angriffen auf die Uni Gießen und die Stadt Frankfurt ergriffen?</p>
Nr. 246	Jörg Sobek L&P Dez. I z.w.V.	<p>Seit 2017 wird im Ortsbeirat Bierstadt über die Aufstellung einer öffentlichen Bücherbox beraten. Der Ortsbeirat hat sich für die Aufstellung ausgesprochen und Mittel für die Anschaffung freigegeben. Das Volksbildungswerk Bierstadt e.V. hat sich bereitgefunden, die Bücherbox zu beaufsichtigen. Gegenwärtig ist sie jedoch eingelagert, weil keine Einigung über das vom Tiefbau- und Vermessungsamt geforderte jährliche Nutzungsentgelt von 200,- EUR erzielt werden konnte.</p> <p>Dem Vernehmen nach wurde im Rahmen der Sitzung des Oberbürgermeisters mit den Ortsvorsteher*innen am 01.11.2019 über Gestattungsverträge für öffentliche Bücherschränke gesprochen. Danach sei geplant, die</p>

		<p>Verträge zu vereinfachen und die Gebühren für gemeinnützige Organisationen wegfallen zu lassen.</p> <p>Daher frage ich den Magistrat, zu welchem Ergebnis die Prüfung gekommen ist und ab wann die Neuregelung in Kraft tritt.</p>
Nr. 247	<p>Dimitri Schulz AfD</p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>Der Berichterstattung der F.A.Z. vom 18.01.2020 ist zu entnehmen, dass die Stelle des persönlichen Referenten von Dezernent Dr. Oliver Franz neu besetzt wird. Nach der bisher geübten Praxis wurden derartige Stellen, Personen des besonderen Vertrauens, oft ohne vertragliche Befristung eingestellt. Weiterhin hat diese Praxis bisher zur Folge, dass solche Angestelltenverhältnisse nach Ausscheiden der Vorgesetzten aus dem Amt anderweitig in der Stadtverwaltung fortgeführt werden mussten.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Wurde der neue persönliche Referent von Dezernent Dr. Oliver Franz als „Person des besonderen Vertrauens“ eingestellt? Wurde der neue persönliche Referent von Dezernent Dr. Oliver Franz mit unbefristetem Arbeitsvertrag eingestellt? Wenn ja, wurden bereits Vorkehrungen für eine Weiterbeschäftigung des persönlichen Referenten innerhalb der Stadtverwaltung nach einem möglichen Ausscheiden des Dezernenten getroffen?</p>
Nr. 248	<p>Dr. E. Müller AfD</p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>Im <i>Wiesbadener Kurier</i> vom 20. Januar 2020 war zu lesen, dass auch in hessischen Krankenhäusern die Zahl verbaler wie auch tätlicher Angriffe auf Klinikmitarbeiter zugenommen hat. Der Geschäftsführer einer Frankfurter Kinderklinik wird mit den Worten zitiert: „Das Sicherheitsgefühl am Arbeitsplatz ist insbesondere in den Bereichen der Notaufnahme nicht mehr gegeben.“</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Welche Kenntnisse liegen dem Magistrat über Angriffe auf Mitarbeiter der drei großen Wiesbadener Kliniken vor? Werden Angriffe (verbaler u. körperlicher Art) von den Krankenhausverwaltungen systematisch erfasst? Wenn ja, wie viele Angriffe hat es innerhalb der letzten fünf Jahre gegeben? Bitte aufgeschlüsselt nach Jahren und nach der Art des Angriffs. Welchen Beitrag zur Lösung des Problems plant der Magistrat zu leisten?</p>
Nr. 249	<p>Ralf Offermanns AfD</p> <p>Dez. IV z.w.V.</p>	<p>Im März 2018 wurde die Stellplatzsatzung der LHW auf Initiative der Rathauskooperation um eine Sonderregelung ergänzt. Seitdem können sich Bauherren, die Wohnraum durch Gebäudeaufstockung schaffen, mittels einer ermäßigten Ablösesumme von 3000 € von der Pflicht zur Parkraumschaffung freikaufen. Diese Regelung kommt jedoch nur bei der Aufstockung von mind. 4-stöckigen bzw. beim</p>

		<p>Dachausbau von mind. 5-stöckigen Gebäuden zum Tragen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>a.) Wie viel Wohnraum ist durch Aufstockung der genannten Gebäudetypen unter Berufung auf die Sonderregelung seit März 2018 in Wiesbaden entstanden? b.) Wie viel Wohnraum ist in Wiesbaden überhaupt durch Gebäudeaufstockungen in den letzten fünf Jahren entstanden? (bitte nach Jahren und nach Gebäudehöhe zu Baubeginn aufgeschlüsselt.)</p> <p>a.) Wie viele Bauanträge auf Aufstockung von Wohngebäuden sind in den letzten fünf Jahren gestellt worden? b.) Wie viele dieser Anträge sind bewilligt worden? Wie viele nicht und aus welchen Gründen?</p>
Nr. 250	<p>Wolfgang Gores CDU</p> <p>Dez. IV z.w.V.</p>	<p>Stillstand am Zollspeicher. Seit Jahren stört der Zollspeicher das Ortsbild von Biebrich. Kommt man am Rhein entlang, fällt der Blick zuerst aufs Schloss und als zweites auf den heruntergekommenen Zollspeicher. Die Hoffnungen, dass dort nach dem Verkauf Wohnungen entstehen, haben sich nicht erfüllt. Nun passiert schon seit längerer Zeit nichts mehr.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Welche Schritte hat die Stadt mit welchem Fortgang seit dem Beschluss der StvV vom 15.03.2018 das Wiederkaufsrecht auszuüben erzielt? - um eine chronologische Darstellung wird gebeten Was ist der aktuelle Sachstand? Welche Vorschläge kann der Magistrat unterbreiten um die Gesamtproblematik Zollspeicher - Stillstand und fortwährender Verfall - schnellstmöglich zu lösen?</p>
Nr. 223	<p>Ronny Maritzen Grüne</p> <p>Dez. IV z.w.V.</p>	<p>In der Presseberichterstattung zum Nahversorgungsgrundstück Gückelsberg ist das Stadtplanungsamt mit der Aussage zitiert, dass zwar mit der Firma Carrier bisher keine Einigung erzielt wurde, aber man weiter an einer direkten Fußverbindung nach Alt-Kostheim arbeite.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Kann der Magistrat heute zusichern, dass die entsprechende Anschlussstelle auf dem Nahversorgungsgrundstück Gückelsberg bereits mit der Baumaßnahme hergestellt oder zumindest freigehalten wird, sodass im Falle einer etwaigen zukünftigen Änderung auf der Carrier-Seite hier keine Hürden mehr auf der Seite des Nahversorgungs-Grundstücks auftauchen können?</p>

<p>Nr. 203</p>	<p>G. Schuchalter-Eicke Grüne</p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>Im Februar wurde in der Presse berichtet, dass sich die Carnevalsgesellschaft „Fidele Elf“ die Durchführung der „Großen-Gala-Prunksitzung“ angesichts der Kosten von bis 30.000 Euro nicht mehr leisten könne. Diese Veranstaltung habe laut Presse jahrelang in den Rhein-Main-Hallen stattgefunden, bevor die Carnevalsgesellschaft abrissbedingt in das Kurhaus ausgewichen war.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Welche Wiesbadener Vereine haben in den letzten 5 Jahren vor dem Abriss die Rhein-Main-Hallen für ihre Veranstaltungen genutzt? Nach welchem Schlüssel werden die Raummieten erhoben und berechnet? Handelt es sich dabei um Preise je m² oder um Festpreise pro Raum? Würde dabei ein Verein wie die „Fidele Elf“ gleichbehandelt wie z.B. der Automobilclub ADAC werden? Ist eine Staffelung der Mietpreise möglich, welche die finanzielle Leistungsstärke der Kunden berücksichtigt? Falls ja, wäre eine Staffelung in Anlehnung an die Anzahl der Mitarbeiter*innen oder der Vereinsmitglieder denkbar?</p>
<p>Nr. 253</p>	<p>R. Kienast-Dittrich CDU</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Der Kletterwald auf dem Neroberg erfreut sich in den warmen Jahreszeiten großer Beliebtheit. Eine Konsequenz davon ist die angespannte Parkplatzsituation. Zwar gibt es ein paar Stellplätze am Kletterwald, jedoch reichen diese gerade an Tagen mit schönem Wetter nicht aus. Hier könnten öffentliche Verkehrsmittel weiterhelfen, wie z. B. durch den Einsatz von Kleinbussen (FGS bereitet einen Antrag vor).</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gibt es Möglichkeiten, mehr Parkplätze zur Verfügung zu stellen? 2. Welche Chancen sieht der Magistrat den Kletterwald zusätzlich zur Erreichbarkeit mit der Nerobahn durch den ÖPNV, ggf. auch durch Zuhilfenahme von Kleinbussen, besser anzubinden?
<p>Nr. 254</p>	<p>Sibel Güler SPD</p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>Seit Dezember 2019 fanden mehrere großangelegte Razzien in Hessen gegen die rechtsextreme Szene statt. Allein im vergangenen halben Jahr wurden laut dem Hessischen Innenministerium mehr als 30 Straftäter der rechtsextremen Szene in Hessen festgenommen.</p> <p>Aktuell haben im Zuge des Verbots der rechtsextremen Gruppe „Combat 18“ („C18“) durch das Bundesinnenministerium im Januar diesen Jahres erneut bundesweite Razzien stattgefunden, einige auch in Hessen. Nach der Einschätzung der Sicherheitsbehörden richtet sich die Vereinigung „Combat 18“ gegen die verfassungsmäßige Ordnung, „da sie mit dem Nationalsozialismus wesensverwandt ist“.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p>

		<ol style="list-style-type: none"> 1. Haben im Zuge der hessenweiten Razzien in der rechtsextremen Szene im Januar 2020 Einsätze in Wiesbaden stattgefunden? 2. Ist dem Magistrat bekannt, ob die Vereinigung „Combat 18“ Netzwerke in Wiesbaden und naher Umgebung pflegt (bspw. über Netzwerktreffen, Meetings in Wiesbadener Vororten, Veranstaltungen mit einem Konzertcharakter).
Nr. 255	Joachim Tobschall SPD Dez. II z.w.V.	Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat nach der steigenden Zahl von Erkrankungen durch den Coronavirus-Ausbruch einen internationalen Gesundheitsnotstand ausgerufen. Zwar hat sich in Wiesbaden der Verdachtsfall einer Infektion am 29.01.2020 nicht bestätigt, in Frankfurt werden allerdings erste Virusinfektionen bekannt gegeben. Ich frage den Magistrat: <ol style="list-style-type: none"> 1. Welche Maßnahmen übernimmt das Gesundheitsamt als öffentliche Gesundheitsbehörde, wenn ein Verdachtsfall einer Infektion mit dem Coronavirus festgestellt wird? 2. Welche Maßnahmen würden im Fall einer Epidemie eingeleitet werden? 3. Welche Organisationen und Einrichtungen des Gesundheitswesens und des Katastrophenschutzes würden an solch einem Masterplan beteiligt werden? 4. Wie würde sich eine regionale Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und Landkreisen im Fall einer Epidemie darstellen?
Nr. 256	Mechthilde Coignè L&P Dez. IV z.w.V.	Wieviel ha würden durch die Entwicklung der Gewerbegebiete und des Mischgebiets in „Ostfeld/Kalkofen“ der Landwirtschaft verloren gehen? Wieviel Ackerfläche und naturnahe Fläche würden durch die äußere Erschließung (Zufahrtsstraßen, Autobahnanschlüsse, Citybahntrasse usw.) verloren gehen? Welche Flächen sollen den betroffenen Landwirt*innen als Ersatz zur Verfügung gestellt werden? Wie wäre davon die biologisch wirtschaftende Domäne betroffen? Welche negativen Folgen hätte der Verlust an Acker und naturnahen Flächen für die CO ² -Bilanz (t/a)? Mit welchen Konsequenzen ist durch Einschränkung oder Aufgabe von bäuerlichen Betrieben zu rechnen (für die Landwirt*innen sowie für die Stadt)? Wie wurde der Flächenverlust aufgrund der Verlegung des europ. Hauptquartiers der US-Armee und die Gebietsentwicklungen Petersweg-West, -Ost, Erbenheim Süd, in Delkenheim und in der Nähe konkret ausgeglichen? Wieviel ha landwirtschaftliche Fläche gingen in den letzten 10 Jahren in Wiesbaden verloren?
Nr. 257	Hartmut Bohrer L&P Dez. IV z.w.V.	Im Kasteler Westen und in Amöneburg ist reger Wohnbau festzustellen, der in naher Zukunft insgesamt 500 Wohnungen und mehr umfassen dürfte.

		<p>Mit der Fertigstellung von wie vielen Wohnungen ist im Zeitraum 2019 bis 2023 bei den einzelnen Projekten entlang der Wiesbadener (Land-)Straße jeweils wann zu rechnen? Welchen Bedarf an KiTa-Plätzen und Schulplätzen löst dies aus? Wie wird dieser Bedarf wann befriedigt?</p> <p>Wann ist mit der Freigabe der übrigen ca. 7 ha von Kastel Housing zu rechnen? Wie ist der Stand der Vorbereitung, damit diese Fläche der Stadt für die geplanten Schulen (Gymnasium, mind. vierzügige Grundschule) und weiteren Wohnungsbau zur Verfügung steht? Wie viele weitere Wohnungen sind dort geplant?</p> <p>Wie viele sind hiervon und bei den bereits zuvor genannten als geförderte Wohnungen geplant bzw. gebaut?</p>
Nr. 258	<p>Dr. Reinhard Völker CDU</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Bürgermeister Dr. Franz hat in seiner Funktion als Ordnungsdezernent dem Magistrat bereits 2017 ein Konzept zum Schutz der Innenstadt gegen illegales Befahren vorgelegt. Es zielt darauf, belebte Passagen wie die Fußgängerzone, den Schloßplatz, das Dern'sche Gelände sowie zentrale Veranstaltungsflächen wie die Wilhelmstraße, das Kurhaus und das RheinMain CongressCenter durch geeignete Sperrvorrichtungen, z.B. versenkbare Poller, gegen Amokfahrten zu sichern. Die Erarbeitung dieses Konzeptes war vom Haupt- und Finanzausschuss im Februar 2017 beschlossen worden.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Wie ist der Sachstand bezüglich der Umsetzung für die Errichtung der dringend benötigten Sicherheitspoller?</p>
Nr. 259	<p>Brigitte Forßbohm L&P</p> <p>Dez. IV z.w.V.</p>	<p>Es ist von großem öffentlichem Interesse, welche Inhalte die LH Wiesbaden in die Regionalplanung einbringt.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Welche Grundstücke und Flächen bringt die LH Wiesbaden abweichend vom bisher geltenden Regionalplan in die neuen Planungen ein?</p> <p>Zu welchen Nutzungen sind die betreffenden Grundstücke und Flächen vorgesehen?</p>